

<i>Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft an der Jahreswende 1956/57</i> . . . . .	S. 205
<i>Die Westberliner Wirtschaft im Jahre 1956</i> . . . . .	S. 211
<i>Zur Wirtschaftslage in der SBZ Ende 1956</i> . . . . .	S. 212

**DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**  
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

23. Jahrgang

Berlin, den 21. Dezember 1956

Nummer 51/52

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft an der Jahreswende 1956/57

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung  
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin  
Hamburgisches Weltwirtschaftsarchiv  
Hamburg  
Ifo — Institut für Wirtschaftsforschung  
München

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung  
Braunschweig-Völkenrode  
Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel  
Reinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Essen am 14. Dezember 1956

### Die Lage der Weltwirtschaft

Das wirtschaftliche Wachstum der westlichen Welt ist gegenwärtig gekennzeichnet durch eine leichte Beschleunigung in den Vereinigten Staaten und durch eine weitere Verlangsamung in den meisten westeuropäischen Ländern. Dabei nimmt nach wie vor das Sozialprodukt in vielen Volkswirtschaften nominal rascher zu als real. Die Konjunkturpolitik der wirtschaftlich führenden Länder verfolgt daher weiterhin einen restriktiven Kurs.

Das wirtschaftliche Bild der Vereinigten Staaten von Amerika zeigt um die Jahreswende 1956/57 eine rege Aktivität. Die retardierenden Einflüsse, die von dem beträchtlich unter dem Vorjahrsniveau liegenden Wohnungsbau ausgehen, sind von den expansiven, vor allem aus der hohen Investitionsneigung der gewerblichen Wirtschaft resultierenden Faktoren überkompensiert worden. Daneben haben wachsende Aufwendungen der öffentlichen Hand — vor allem für Verteidigungszwecke — und zunehmende Überschüsse der Leistungsbilanz zu der vermehrten Endnachfrage beigetragen.

Die wirtschaftliche Wiederbelebung ließ die industrielle Produktion und die gesamte nationale Wertschöpfung in der zweiten Jahreshälfte

neue Höchstwerte erreichen und senkte gleichzeitig die Arbeitslosigkeit auf weniger als 3 vH. Sie war von einem — nach vorübergehender Abschwächung um die Jahresmitte — intensivierten Preisauftrieb begleitet, der sowohl die Großhandelspreise für industrielle Güter als auch die Lebenshaltungskosten erfaßte. Die reale Fortschrittsrate in der Bereitstellung von Gütern und Diensten dürfte in der zweiten Jahreshälfte etwa 2 bis 3 vH betragen bei einem nur geringen volkswirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt. Die geringfügige Produktivitätssteigerung erklärt sich teilweise aus der Verlagerung der Verbrauchernachfrage von den dauerhaften Verbrauchsgütern auf Dienstleistungen, teilweise aus der unausgeglichene Beschäftigungslage in den einzelnen Industriezweigen, da sowohl in der überbeschäftigten Investitionsgüterindustrie als auch in den unterbeschäftigten Zweigen der Industrie für dauerhafte Konsumgüter eine weniger rationelle Produktionsweise erzwungen worden sein dürfte.

Auf Grund der sehr hohen Investitionsaufwendungen, gerade auch im Bereich der Investitionsgüterindustrien, kann jedoch damit gerechnet werden, daß mit der Inbetriebnahme der neuerstellten und in vielen Fällen produktiveren maschinellen Ausrüstung wieder zunehmend Pro-

duktivitätsfortschritte realisiert werden, die den Preisauftriebenden entgegenwirken. Auch mit einer besseren Auslastung der bisher untermal beschäftigten Betriebe, z. B. in der Automobilindustrie, dürften die einer Produktivitätssteigerung bisher entgegenstehenden Hemmnisse beseitigt werden.

Eine fortschreitende Verlangsamung des Wachstums der Anlageinvestitionsaufwendungen ist auf Grund der für das erste Vierteljahr 1957 bekannten Angaben über Investitionsvorhaben mit Sicherheit anzunehmen. Auf die Verringerung der Zuwachsrate dürfte die restriktive Kreditpolitik nicht ohne Einfluß geblieben sein, zumal bis in die jüngste Zeit hinein rückläufige Gewinnbildung die amerikanische Wirtschaft stärker auf Fremdmittel verwiesen hat.

Die Zunahme der Lagerinvestitionen hat sich im Laufe des Jahres 1956 nominal stark verlangsamt, real ist sie annähernd zum Stillstand gekommen. Für einen entschiedenen Tendenzwechsel scheint kein Grund vorzuliegen.

Der große Auftragsbestand der Industrie spricht zwar für eine hohe Beschäftigung und für hohe Einkommen in den Vereinigten Staaten während der nächsten Monate, somit für einen hohen privaten Verbrauch, umso mehr als die Sparrate eher wieder zurückgehen dürfte, wenn der Automobilabsatz sich auf einen Stand zwischen dem von 1955 und dem von 1956 einspielen sollte. Um ein gesamtwirtschaftliches Wachstum zu sichern, wie es zur Ausnutzung der vorhandenen Produktionsfaktoren nötig wäre, würde die amerikanische Wirtschaft im kommenden Jahre indessen neuer Impulse bedürfen. Die von einer steigenden Nachfrage der Öffentlichen Hand (so für den Straßenbau) in den kommenden Monaten zusätzlich ausgehenden Anregungen halten sich vorerst in mäßigen Grenzen. Das Zentralbanksystem, dessen Autonomie gegenüber den konjunkturpolitisch verantwortlichen Regierungsstellen erst kürzlich wieder ausdrücklich bekräftigt worden ist, sieht augenscheinlich in der Erhaltung der Geldwertstabilität die erste Aufgabe der Kreditpolitik; es dürfte daher an der restriktiven Kreditpolitik festhalten, solange die bei dem hohen Beschäftigungsstand immer noch vorhandenen Preisauftriebenden fortbestehen. Selektive Erleichterungen, insbesondere zugunsten des Wohnungsbaus, dürften auch weiterhin gewährt werden, da die bisher gebotenen nur eine eng begrenzte Wirkung versprechen.

Die wirtschaftliche Expansion der Industrieländer Westeuropas hat sich in den letzten Monaten weiter verlangsamt; in einzelnen Ländern, wie z. B. in Großbritannien, hat sie völlig aufgehört. Die Gründe für diese Entwicklung müssen in erster Linie im Bereich der privaten Nachfrage gesucht werden. In nahezu allen westeuropäischen Ländern hat die Investitionsneigung der Wirtschaft nachgelassen, wie Auftragseingang und Produktion der Investitionsgüterindustrien mit hinreichender Deutlichkeit erkennen lassen. Selbst in Großbritannien, wo noch bis in die jüngste Zeit hinein die kontraktiven Tendenzen im Bereich der öffentlichen Investitionen und des privaten Verbrauchs durch ein erhebliches Wachstum der privaten Anlageinvestitionen kompensiert wurden, nimmt nunmehr die

Investitionsgüternachfrage nicht mehr zu. In Frankreich und Italien treten jetzt ebenfalls Abschwächungstendenzen bei den privaten Investitionen in Erscheinung, nachdem sie dort bis vor kurzem immer noch ein weit überdurchschnittliches Wachstum aufzuweisen hatten. Von den Lagerinvestitionen gehen im Augenblick kaum Auftriebskräfte aus; die Spekulation wurde durch die Suez-Krise nur vorübergehend angeregt.

Die kontraktiven Wirkungen dieser Entwicklung der privaten Investitionen werden durch die Einschränkung der öffentlichen Investitionen in den meisten Ländern noch verstärkt. Sie erfolgte zu einer Zeit, als die Nachfrage erheblich über das güterwirtschaftliche Angebot hinausging. Diese Spannungen haben sich inzwischen fühlbar verringert. Zum Teil werden allerdings die somit von der Abnahme der öffentlichen Investitionen ausgehenden kontraktiven Wirkungen durch eine Steigerung des öffentlichen Verbrauchs — veranlaßt nicht zuletzt durch zusätzliche militärische Belastungen — kompensiert. Die allgemeine Verlangsamung der wirtschaftlichen Expansion bewirkt überdies mehr und mehr eine defizitäre Gestaltung der Öffentlichen Haushalte, wodurch sich ein gewisses Gegengewicht gegen die kontraktiven Einflüsse aus dem Bereich der privaten Wirtschaft ergibt.

Unter dem Einfluß der im ganzen nachlassenden wirtschaftlichen Aktivität nimmt das Einkommen und damit auch der private Verbrauch nicht mehr so stark zu wie bisher. Die damit verbundene Entspannung auf dem Arbeitsmarkt hat sich allerdings bisher nur unvollkommen in der Entwicklung der Lohnsätze niedergeschlagen.

Demgegenüber werden auf der Angebotsseite in zunehmendem Maße die während der letzten Investitionswelle geschaffenen Kapazitäten produktionsreif. Das Angebot an Arbeitskräften ließe ebenfalls ein weiteres Wachstum des Güterangebots zu. Sowohl die Versorgung mit Kohle als auch die mit Stahl bereitet, von gewissen Spezialsorten abgesehen, keine Schwierigkeiten mehr. Außerdem verfügen alle wichtigen westeuropäischen Industrieländer über hinreichende Einfuhrmöglichkeiten. Selbst die Länder, deren Zahlungsbilanzen infolge der jüngsten weltpolitischen Spannungen außerordentlichen Belastungen ausgesetzt sind, haben über ihre eigenen Währungsreserven hinaus Kreditmöglichkeiten, um die vorhandenen und bei weiterer Expansion der Nachfrage sich möglicherweise noch erhöhenden Zahlungsbilanzdefizite auszugleichen. Die durch die Sperrung des Suez-Kanals und durch die Unterbrechung wichtiger Ölleitungen zum Mittelmeer sowie durch den Mangel an Tankertonnage verursachte Mineralölverknappung behindert zweifellos die Produktion, doch sollte der Einfluß solcher Verknappungen auf das westeuropäische Güterangebot in seiner Gesamtheit nicht überschätzt werden, selbst wenn man annimmt, daß die Störung der Mineralölfuhr aus dem Nahen und Mittleren Osten für einige Zeit anhalten wird. Auch die Versorgung mit anderen Rohstoffen wird zwar durch die Blockierung des Suez-Kanals geringfügig beeinträchtigt, doch würde dies keinesfalls eine etwaige Ausweitung des allgemeinen Güterangebots verhindern.

Zwar sind unter den gegebenen Umständen gewisse Kostensteigerungen insbesondere durch erhöhte Frachten zu verzeichnen, deren Abwälzung auf die Verbraucher in der letzten Zeit hier und da noch erfolgen konnte. In Zukunft wird sie sich aber um so weniger als möglich erweisen, als das Wachstum der Nachfrage nachläßt. Wegen der durch die Suez-Krise noch verstärkten Labilität der gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse besteht dennoch vorerst nur geringe Wahrscheinlichkeit dafür, daß Zentralbanken und Regierungen in ihrer Konjunkturpolitik von der restriktiven Linie abweichen. In den von Zahlungsbilanzschwierigkeiten besonders stark betroffenen Ländern erscheint sogar eine Verschärfung des bisherigen restriktiven Kurses nicht ganz ausgeschlossen.

Die Umsätze im Welthandel lagen zwar auch im dritten Vierteljahr 1956 noch erheblich über dem Vorjahrsstand, doch hat sich die Zuwachsrate in Übereinstimmung mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Welt verringert. Dabei entwickelten sich die Handelsumsätze der Industrieländer untereinander weiterhin günstiger als ihr Warenaustausch mit den Agrar- und Rohstoffländern und die Warenumsätze dieser Länder untereinander. Unter den Industrieländern haben diejenigen Länder, deren Preise oder Lieferfristen besonders günstig liegen, wie vor allem die Vereinigten Staaten und Westdeutschland sowie Japan, ihre Ausfuhren sehr viel mehr steigern können als die anderen Industrieländer. Bei der starken Ausweitung der Exporte der Vereinigten Staaten spielen neben Investitionsgütern die zunehmenden Kohlenlieferungen nach Westeuropa und der verstärkte Absatz von Agrarprodukten aus den seit Jahren entstandenen Vorräten eine erhebliche Rolle. Da die Einfuhren der Vereinigten Staaten und die der westeuropäischen Industrieländer nicht in gleichem Umfange wie die Ausfuhren gewachsen sind, ergab sich eine entsprechende Verschlechterung der Handelsbilanzen bei den Agrar- und Rohstoffländern. Bis zum Ausbruch der Suez-Krise entsprach die volumenmäßige Entwicklung der Welt-handelsumsätze im ganzen gesehen etwa der wertmäßigen.

Da die Nachfrage sowohl nach Investitions- als auch nach Konsumgüterrohstoffen bei unvermindert zunehmendem Angebot seit dem Frühsommer nicht mehr so schnell wie vorher wuchs, setzten sich auf den Weltwarentmärkten — insbesondere bei den Investitionsgüterrohstoffen — bis zum Ausbruch der Suez-Krise eher rückläufige Preistendenzen durch. Diese Entwicklung wurde durch den Suez-Konflikt insofern gestört, als durch Verlängerung der Zufahrtswege und Verknappung des Schiffsraums in einigen westeuropäischen Ländern gewisse Versorgungsschwierigkeiten auftraten, die zu entsprechenden Preissteigerungen führten. Da sich diese Schwierigkeiten außer beim Erdöl jedoch als unbedeutend erwiesen, hielten sich die Preissteigerungen im ganzen im Rahmen der durch die Frachtverteuerung bedingten Grenzen. Infolgedessen beschränkten sie sich im wesentlichen auf die Märkte in den Verbraucherländern.

Bei den Nahrungsmitteln lagen die Umsätze auf

dem Weltmarkt infolge weiterer Verbrauchssteigerung in den Zuschußländern allgemein über dem Vorjahr, wobei teilweise auf die in den Exportländern vorhandenen großen Vorräte zurückgegriffen werden konnte. Auf den Getreidemärkten ist infolge verhältnismäßig hoher Ernten und des Bestrebens der Vereinigten Staaten, ihre Vorräte verstärkt abzubauen, auch für 1957 mit einem reichlichen Angebot zu rechnen. Beim Zucker und auf den Fettmärkten führte die kräftige Nachfragesteigerung bereits 1956 zu einem merklichen Vorratsabbau, woraus sich zeitweilig spekulativ überhöhte Preissteigerungen ergaben. Die Angebotselastizität ist erfahrungsgemäß auf beiden Märkten jedoch so groß, daß auch hier eher wieder mit einer sinkenden Preistendenz zu rechnen ist. Auf den Weltfleischmärkten ist nach der Produktionsausweitung in Argentinien und anderen Überschußländern mit einem weiter steigenden Angebot zu rechnen, das jedoch von einer zu erwartenden größeren Nachfrage vermutlich ohne stärkere Preisänderungen aufgenommen werden wird.

Aus der Beeinträchtigung der westeuropäischen Erdölversorgung ergibt sich die Notwendigkeit, auf die Brennstoffreserven der westlichen Hemisphäre auszuweichen. Allerdings werden die Bezüge aus diesem Raum nicht ganz den Ausfall der mittelöstlichen Lieferungen decken können. Bei relativ geringer Vorratshaltung in den westeuropäischen Ländern waren hier stärkere Preissteigerungen und Rationierungsmaßnahmen unvermeidlich. Mit zunehmender politischer Entspannung, die auf eine Wiederaufnahme des normalen Schiffsverkehrs durch den Suezkanal in absehbarer Zeit schließen läßt, scheint indessen der Höhepunkt der so unvermittelt aufgetretenen Schwierigkeiten bereits überschritten zu sein. Bei fortschreitender Normalisierung der Verhältnisse kann damit gerechnet werden, daß nach Rückbildung der überhöhten Frachtraten und Preise die schon vor dem Suez-Konflikt wirksamen Tendenzen sich erneut durchsetzen werden.

Die internationalen Zahlungsbilanzschwierigkeiten konnten auch in der zweiten Jahreshälfte — ganz abgesehen von den zusätzlichen, durch die Suez-Krise bedingten Belastungen, denen in erster Linie die britische und französische Währung ausgesetzt sind — nicht überwunden werden. Wenn sich auch in einigen Industrieländern die Preisauftriebstendenzen abschwächten, so blieben hiervon das in der Zwischenzeit entstandene internationale Preisgefälle unberührt und die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten erhalten.

Die den Volkswirtschaften mit geringen eigenen Währungsreserven zur Überbrückung der gegenwärtigen zusätzlichen außenwirtschaftlichen Belastung eingeräumten Kredithilfen, sei es durch Kreditfacilitäten beim Internationalen Währungsfonds, sei es durch direkte Kredite der Vereinigten Staaten, dürften zumindest für die Dauer der politischen Spannungen die Gefahr akuter Zahlungsbilanzkrisen ausschließen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß mit Krediten zwar die politisch bedingten akuten Störungen, nicht aber die tiefer liegenden Spannungen, die in der unterschiedlichen Wettbewerbsfähigkeit begründet sind, beseitigt werden können.

Auch die Zahlungsbilanzschwierigkeiten der Entwicklungsländer haben sich vermehrt. Ihre Ausfuhrerlöse sind infolge geringer realer Expansion in den Industrieländern noch mehr als bisher hinter ihrem Einfuhrbedarf an Investitionsgütern zurückgeblieben. Die Entwicklungsländer sind daher verstärkt auf Kapitalimporte oder Kredit-hilfen angewiesen, wenn ein wirtschaftliches Wachstum verwirklicht werden soll, das der rasch zunehmenden Bevölkerung einen steigenden Lebensstandard sichert. Da die jüngsten politischen Spannungen die private Kapitalausfuhr in die Entwicklungsländer eher entmutigen, wächst die Bedeutung der Kapitalbereitstellung durch die internationalen Organisationen und durch die Regierungen der Industrieländer. An der Kapitalbereitstellung werden sich neben den Vereinigten Staaten zunehmend auch die europäischen Volkswirtschaften beteiligen müssen.

### Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

In der zweiten Hälfte des Jahres 1956 hat sich in der konjunkturellen Entwicklung insofern ein grundlegender Wandel vollzogen, als der Investitionsboom, der bis dahin das konjunkturelle Geschehen beherrscht hatte, zum Stillstand gekommen ist und einem zunächst nur geringen, aber doch deutlich erkennbaren Rückgang der Investitionstätigkeit Platz gemacht hat. Die Exportkonjunktur und der Rückgriff auf die Rücklagen der öffentlichen Haushalte sind damit zu den alleinigen Trägern der Expansion geworden, die nun — wie zu erwarten — mit erheblich langsamerem Tempo vor sich geht. Im Zuge dieser Entwicklung, die eine Verlagerung des Schwerpunkts der wirtschaftlichen Aktivität von der Investitionstätigkeit zum Verbrauch mit sich brachte, haben sich die Investitionsgütermärkte, die ihnen vorgelagerten Rohstoffmärkte und zu einem Teil auch der Arbeitsmarkt fühlbar entspannt. Eine entsprechende Reaktion in der Lohnentwicklung ist bisher kaum festzustellen. Eben-sowenig sind bisher die auf steigende Preise hin-wirkenden Kräfte gebrochen worden.

#### Die derzeitige Situation

Auch in den vergangenen Monaten hielt das Wachstum der westdeutschen Wirtschaft an. Das Bruttosozialprodukt überstieg im dritten Viertel dieses Jahres den vor Jahresfrist erreichten Wert um reichlich 7 vH; in der ersten Jahreshälfte hatte die Wachstumsrate noch fast 11 vH betragen. Nicht ganz so stark ging die Wachstumsrate des realen, d. h. in gleichbleibenden Preisen gerechneten, Bruttosozialprodukts zurück; sie betrug im dritten Vierteljahr etwa 5 vH gegen-über fast 8 vH im ersten Halbjahr. Die Ab-weichung der realen von der nominalen Entwick- lung, die die Erhöhung des Preisniveaus zum Aus- druck bringt, dürfte sich allerdings seither nicht weiter verringert haben.

Die Expansion hat ihr Tempo nicht etwa des- halb vermindert, weil entsprechend weniger zu- sätzliche Arbeitskräfte verfügbar gewesen wären. Das Beschäftigungsvolumen ließ sich noch immer erheblich vergrößern. Im vierten Vierteljahr 1956 dürfte es bei verkürzter Arbeitszeit um rd. 3 vH über dem entsprechenden Vorjahrsstand liegen

(im dritten Quartal waren es  $4\frac{1}{2}$  vH und im ersten Halbjahr  $5\frac{1}{2}$  vH). Demgegenüber war der Fortschritt in der Produktionsleistung je Be- schäftigtenstunde im ganzen so gering — kaum 1 vH in der zweiten, noch reichlich 2 vH in der ersten Jahreshälfte —, daß er kaum mehr zum Wachstum beitrug.

Die erwähnte spürbare Dämpfung der nomi- nalen Expansion beeinträchtigte besonders stark das Einkommen der Selbständigen. Bereits vor der Jahresmitte hatte es kaum noch zugenommen. Seither geht es konjunkturell deutlich zurück, ob- wohl sich diese Tendenz durch Hortungskäufe der Konsumenten in den letzten Monaten abge- schwächt haben mag.

Im Gegensatz dazu hielt die Steigerung der Arbeitseinkommen an, wenn sich auch hier der Anstieg abgeflacht hat — teils als Folge der schwächeren Zunahme des Beschäftigungsvolu- mens, teils weil in den vergangenen Monaten für eine relativ kleine Zahl von Arbeitnehmern die Löhne und Gehälter erhöht wurden. Trotzdem war das Einkommen je Beschäftigtenstunde im dritten Vierteljahr noch um 6 vH höher als vor Jahresfrist. Die Steigerungsrate hat sich also noch kaum vermindert (erste Jahreshälfte + 7 vH). Da sich die Sozialeinkommen verhältnismäßig günstig entwickelt haben, lag das Massenein- kommen, das im ersten Halbjahr etwa 13 vH höher gewesen war als im Vorjahr, im dritten Vierteljahr 1956 immer noch um 10 bis 11 vH höher als im Jahr zuvor.

Die Diskrepanz zwischen der Entwicklung des Einkommens der Selbständigen und der Entwick- lung des Masseneinkommens spiegelt sich in der Investitionstätigkeit und im Konsum wider. So- wohl Ausrüstungs- wie auch Bauinvestitionen nahmen im dritten Vierteljahr nur noch stark verlangsamt zu: wurde im ersten Halbjahr 1956 noch um 12 bis 13 vH mehr investiert als in der ersten Jahreshälfte 1955, so machte das Mehr im dritten Vierteljahr nur noch 4 bis 5 vH aus. In den letzten Monaten dürfte nicht nur das Vo- lumen, sondern auch der Wert der vorjährigen Anlageinvestitionen unterschritten worden sein.

Demgegenüber wird man mit einem privaten Konsum zu rechnen haben, der im dritten Viertel- jahr um ein Zehntel über den entsprechenden Ergebnissen des Vorjahres lag (im ersten Halb- jahr 1956 hatte die Wachstumsrate noch bei reich- lich 12 vH gelegen). Wie die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze vermuten läßt, dürfte sich für das vierte Vierteljahr wiederum eine Wachs- tumsrate von mehr als 10 vH, vielleicht sogar von 12 bis 13 vH ergeben.

Von den insgesamt im Inland verfügbaren Gütern und Dienstleistungen stammte ein wach- sender Anteil aus Einfuhren, wobei die Einfuhr von Ernährungsgütern sehr stark gestiegen ist. Weiterhin erheblich rascher als die Inlandsumsätze haben die Exporte zugenommen. Im dritten Vier- teljahr waren sie 22 vH und in der ersten Jahres- hälfte 20 vH höher als in den entsprechenden Zeiträumen des Jahres 1955. Die Durchschnitts- preise der Ausfuhr übertrafen im Verlauf des Jahres 1956 die Preise des Vorjahrs durchweg um 4 vH.

Die gekennzeichneten Entwicklungen von Ein-

fuhr und Ausfuhr spiegeln sich im Aktivsaldo der Leistungsbilanz. Er war mit fast 1,2 Mrd. DM für das dritte Quartal 1956 zwar um reichlich 200 Mill. DM kleiner als im zweiten Vierteljahr, übertraf aber das Vorjahrsergebnis um 840 Mill. DM und war damit noch stärker als im zweiten Vierteljahr.

Die bereits erwähnte Einengung der Spanne zwischen der nominalen und der realen Entwicklung des Sozialprodukts zeigt, daß sich der allgemeine Anstieg der Preise während des dritten Vierteljahres wenn überhaupt, so nur noch geringfügig fortgesetzt hatte. Dies war das Ergebnis des erheblichen Rückgangs der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise nach ihrem starken Anstieg im Winter 1955/56 auf der einen Seite und der weiterhin aufwärtsgerichteten Tendenz der industriellen Erzeugerpreise auf der anderen Seite. Diese Tendenz hat sich neuerdings — auch unter dem Einfluß der Verteuerungen von Kohle und Stahl — verstärkt. Im Preisindex für die Lebenshaltung hat die Gegenläufigkeit im Preisverlauf der Ernährungsgüter und der industriellen Verbrauchsgüter zu einer annähernden Stabilität geführt.

Während sich im zweiten Vierteljahr 1956 noch erhebliche Kassenüberschüsse bei der Gesamtheit der öffentlichen Haushalte (ohne Sozialversicherungen) ergeben hatten, die aber bereits weit unter denen vom ersten Jahresviertel lagen, entstanden seit der Jahresmitte Kassendefizite, wenn auch nur geringen Umfangs. Die Periode, in der von den öffentlichen Haushalten zeitweise sehr kräftige einkommensmindernde Einflüsse ausgegangen waren, dürfte von einer Periode abgelöst worden sein, in der die öffentliche Hand die Einkommensbildung zunehmend fördert.

Mit der neuerdings expansiven Wirkung der öffentlichen Haushalte auf die Geldversorgung der Wirtschaft gingen gleichartige Einflüsse fast unvermindert starken Umfangs durch den Anfall von Devisen im Waren- und Dienstleistungsverkehr einher. Der Wirtschaft flossen auf diese Weise mehr flüssige Mittel zu, als zur Finanzierung der Produktion und der Umsätze benötigt wurden. So erklärt sich auf der einen Seite die Abnahme der kurzfristigen Wirtschaftskredite bei den Banken, auf der anderen Seite die beträchtliche Zunahme der privaten Termingelder. Die Liquidität der Kreditinstitute verbesserte sich laufend, weil ihren Nettodevisenverkäufen an die Bank deutscher Länder, die von 1,5 Mrd. DM im zweiten Jahresviertel auf 1,7 Mrd. DM im dritten Jahresviertel anstiegen, nur noch geringe Liquiditätsminderungen durch die Stilllegung von Zentralbankgeld infolge zunehmender Kassenrücklagen des Bundes gegenüberstanden. Bis zum Jahresende dürfte sich von dieser Seite her keine Liquiditätsminderung mehr ergeben haben. Die Verschuldung der Kreditinstitute im Zentralbanksystem verringerte sich so sehr, daß sie zuletzt kaum noch höher war als im Frühjahr 1955, als die Refinanzierungskredite mit weniger als 2 Mrd. DM das seit Jahren niedrigste Niveau erreicht hatten. Tägliches Geld wurde von den Banken meist unter Diskontsatz gehandelt.

Weder die starke Verflüssigung bei den Kreditinstituten noch die verbesserte Liquiditätslage

der Wirtschaft haben dem Kapitalmarkt bisher zu neuen Impulsen verholfen.

### Die konjunkturellen Probleme

Durch die stürmische Ausweitung der Investitionen in den Jahren 1954 und 1955 sind die Produktionskapazitäten so stark vergrößert worden, daß sich die Unternehmer bei den erwarteten Absatzmöglichkeiten seit einiger Zeit im weiteren Ausbau der Produktionsanlagen zurückhalten. Dies kommt mehr noch im Rückgang der Nachfrage nach Investitionsgütern, besonders nach Maschinen, als im nachlassenden Umfang der realisierten Investitionen zum Ausdruck. Es ist nicht anzunehmen, daß der vermutlich kräftige Rückgang der Erweiterungsinvestitionen durch Rationalisierungsinvestitionen ausgeglichen wird. Bei der vorliegenden Einengung der Stückgewinne sind sie zwar besonders dringlich; da sie aber das Produktionspotential meist auch vergrößern, ist ihr Umfang ebenfalls von den Absatzerwartungen abhängig.

Wie sich der Investitionsboom in der Wirtschaft auf die Investitionsgüterindustrien konzentriert hatte, so beschränkt sich nun auch der Investitionsrückgang im wesentlichen auf diese Industrien. Da ihre Investitionen verhältnismäßig wenig auf Fremdmittel angewiesen sind und weniger durch die aktuelle Zinshöhe als durch die langfristige Zinserwartung beeinflußt werden, würde ihre Investitionsneigung durch eine Verbilligung der Finanzierungskosten so lange nicht wesentlich angeregt werden, wie dadurch die langfristige Zinserwartung nicht berührt wird. Dagegen würden verstärkte Geldkapitalbildung und sinkende Kapitalzinsen sicherlich zu einer lebhafteren Investitionstätigkeit der Länder und Gemeinden, des Verkehrswesens, der Energiewirtschaft und nicht zuletzt des Wohnungsbaus und der Landwirtschaft führen.

Solange sich die Geldkapitalbildung in den gleichen Formen vollzieht wie bisher (abnehmender Anteil langfristiger Ersparnisse, wachsender Anteil nur vorübergehend angelegter Mittel), hängt das Angebot an langfristigen Finanzierungsmitteln weitgehend davon ab, ob die Banken bereit sind, ihre Wertpapierbestände wieder zu erhöhen. Ist dies nicht der Fall, so sind auch kaum die Voraussetzungen vorhanden, die Wohnbautätigkeit trotz der vorgesehenen Finanzierungshilfen auf dem bisherigen hohen Stand zu halten.

Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß sich die Chancen des Wertpapierabsatzes nach der Jahreswende wieder bessern. Man wird aber kaum damit rechnen dürfen, daß sich die Situation bis zum Frühjahr so grundlegend verändert, daß ins Gewicht fallende Erleichterungen der Fremdfinanzierung von Investitionen eintreten werden.

Alle diese Erwägungen führen zu der Annahme, daß die Investitionstätigkeit zunächst weiter zurückgehen wird.

Wäre die Investitionstätigkeit die einzige Quelle der Einkommensbildung, so wäre in den kommenden Monaten mit einem Rückgang von Einkommen und Beschäftigung zu rechnen. Einflüsse, die dieser Entwicklung entgegenwirken, werden in zunehmendem Maße davon ausgehen,

daß bei der Gesamtheit der öffentlichen Haushalte die Kasseneinnahmen — obwohl sie weiter steigen werden — von den im Inland zu tätigen Kassenausgaben übertroffen werden, weil vor allem der Bundeshaushalt nur bei Rückgriffen auf Kassenreserven die geplanten Ausgaben (verstärkte Rüstungsausgaben, Sozialleistungen und andere zivile Ausgaben) finanzieren kann.

Ebenso wie durch Anwachsen der öffentlichen Haushalte und durch steigende Kassendefizite kann die Einkommensbildung durch zunehmende Ausfuhr und steigende Ausfuhrüberschüsse erweitert werden. Sollte der Aktivsaldo der Leistungsbilanz sich weiterhin vergrößern, so wären auch hierdurch Gegengewichte gegen die von der Investitionstätigkeit ausgehenden Einkommens- und Beschäftigungsrückgänge gegeben. Freilich ist eine ins Schlepptau der Auslandsnachfrage geratene Konjunktur in hohem Grade von Entwicklungen und Entscheidungen abhängig, die vom Inland her kaum zu beeinflussen sind.

Die Problematik der künftigen Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft ist in folgendem zu sehen:

Die Abschwächungstendenzen im Investitionsgüterbereich werden hier wahrscheinlich zu einer gewissen konjunkturellen Arbeitslosigkeit führen. Gleichzeitig wird aber der private Verbrauch aus zusätzlichen Mitteln der öffentlichen Hand und durch Umschichtungen der Verbrauchereinkommen Impulse erhalten, die den Ausfall an Arbeitseinkommen in den Investitionsgüterindustrien unter Umständen überkompensieren. Mit einer — wenn auch verlangsamten — Steigerung des gesamten Arbeitseinkommens und der Gesamtbeschäftigung ist trotzdem zunächst noch mit großer Wahrscheinlichkeit zu rechnen.

Ob sich bei einer derartigen Konstellation weiterhin überhöhte Lohnforderungen durchsetzen lassen, ist jetzt noch nicht zu übersehen. Lohnerhöhungen, die die Relation zwischen Aufwand und Ertrag verschlechtern, würden im Falle einer sehr kräftigen autonomen Einkommensausweitung im Verbrauchsgüterbereich im Preis abwälzbar sein, d. h. zu Preiserhöhungen führen. Bei einer nur geringen autonomen Einkommensausweitung würden dagegen die Kostenerhöhungen nicht abwälzbar sein und so vermutlich eine nicht nur partielle (auf die Investitionsgüterindustrie beschränkte) Unterbeschäftigung entstehen lassen.

Preisrückgänge in Bereichen mit besonders hohen Rationalisierungsfortschritten und eine durch die Immobilität der Arbeitskräfte bedingte Friktionsarbeitslosigkeit wären noch keine Anzeichen für den Beginn eines kumulativen kontraktiven Prozesses.

#### Konjunkturpolitischer Ausblick

Die unter den gegebenen Verhältnissen gestellte konjunkturpolitische Aufgabe besteht darin, die Tendenzen zur Abschwächung, die aus der nachlassenden binnenwirtschaftlichen Investitionstätigkeit herrühren, nicht stärker zum Zuge kommen zu lassen, als zur Beseitigung des noch immer bestehenden Mißverhältnisses zwischen der

nominalen und realen Entwicklung — d. h. der Preissteigerung — notwendig ist. Einerseits muß verhindert werden, daß die Abschwächung zu einem kumulativen Prozeß ausartet; auf der anderen Seite dürfen nicht durch eine verfrühte „Rückschlagsbekämpfung“ noch nicht gebrochenen Auftriebstendenzen der Preise neue Kräfte zugeführt werden.

Manches spricht dafür, daß die Lohnpolitik in den kommenden Monaten mehr und mehr unter dem Einfluß einer für die Durchsetzung überhöhter Lohnforderungen weniger günstigen Marktlage stehen dürfte und sich wohl auch die Chancen für die Durchsetzung von Preiserhöhungen verschlechtern, soweit es sich nicht um Preise handelt, die unabhängig von der Marktlage festgesetzt werden können. Eine Anpassung der Sozialpartner in der Lohnpolitik und der Unternehmungen in der Preispolitik an die sich verändernde Marktsituation würde eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen Wandel der Grundrichtung der Konjunkturpolitik schaffen.

Die Aufgabe der Kreditpolitik wird darin gesehen, den richtigen Zeitpunkt für ein etwaiges Verlassen der noch restriktiven Grundlinie zu finden. Dabei ist das Kriterium nicht einseitig in der Entwicklung der Liquidität von Banken und Wirtschaft zu sehen, sondern vor allem in der Entwicklung der Kräfte, die den Preisverlauf bestimmen.

Der Wechsel von Kassenüberschüssen zu Kassendefiziten in der Gesamtheit der öffentlichen Haushalte ist keineswegs das Ergebnis konjunkturorientierter Finanzpolitik. Er entspricht aber den derzeitigen konjunkturpolitischen Erfordernissen. Da die Höhe des binnenwirtschaftlich bedeutsamen Defizits, das sich im Laufe des nächsten Jahres ergeben wird, nicht in erster Linie von konjunkturpolitischen Gesichtspunkten bestimmt sein wird, bleibt allerdings offen, welchen Beitrag die öffentlichen Haushalte zur Stabilisierung der Konjunktur leisten werden.

Die außenwirtschaftliche Situation mit ihren außerordentlich hohen Leistungsbilanz- und Devisenüberschüssen muß von der Konjunkturpolitik vorerst noch hingenommen werden. Immerhin sollten die Bemühungen, mit allen Mitteln die Einfuhr zu erhöhen, fortgesetzt werden, um auch von dieser Seite her die Tendenzen zur Preisstabilisierung zu fördern. Sollte die Anomalie, daß die Exportkonjunktur eine so große Rolle für die Expansion spielt, in irgend einer Form bereinigt werden, so müßte selbstverständlich auch die Konjunkturpolitik den neuen Bedingungen angepaßt werden.

Obwohl die wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland nun die mindestens seit einem Jahr konjunkturpolitisch angestrebte Richtung auf Entspannung eingeschlagen hat und damit auch wieder zu neuen konjunkturpolitischen Entscheidungen hindrängt, versteht es sich, daß sich bei der gegenwärtigen Labilität der weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Lage kurzfristig neue Konstellationen ergeben können. Infolgedessen entspricht es gegenwärtig weniger denn je der Situation, sich auf eine bestimmte konjunkturpolitische Therapie für längere Frist festzulegen.

## Die Westberliner Wirtschaft im Jahre 1956

### 1956 — Jahr gedämpfter Expansion

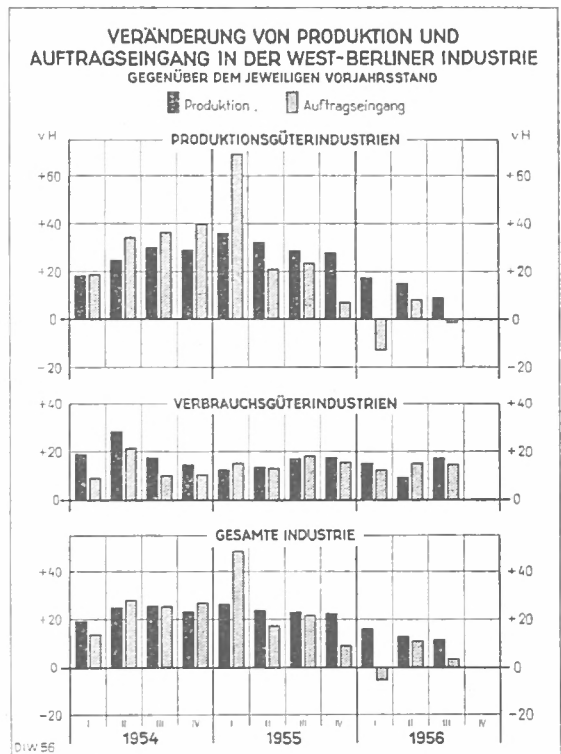
Seit einer Reihe von Jahren — genauer gesagt, seit Einsetzen der gezielten Hilfsmaßnahmen — ist es üblich, hohe Fortschrittsraten in der Entwicklung der Berliner Wirtschaft zu erwarten. Diese sind auch deshalb notwendig, weil nur durch einen Sozialproduktzuwachs, der über das „normale“ Maß hinausgeht, die starke Arbeitslosigkeit in West-Berlin wesentlich vermindert werden kann. Im Jahre 1956 ist nun eine erhebliche Verlangsamung des Fortschritts erfolgt, das Brutto-sozialprodukt hat nominal um 11 vH., real nur um 8 vH zugenommen. Dies gäbe an sich keinen Grund zur Besorgnis, wenn nicht im Verlauf des Jahres die reale Zuwachsrate stark rückläufige Tendenz gezeigt hätte. Sie ist nämlich von 10 vH im ersten Vierteljahr auf 7 vH im vierten Vierteljahr gesunken.

Die Ursachen für die langsamere wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1956 liegen weitgehend außerhalb der Berliner Einflußsphäre. Es war nicht etwa Unvermögen der Berliner Wirtschaft oder eine zu schwache Wirkung der Hilfen, wenn die bisher kräftige wirtschaftliche Entwicklung nachließ, sondern der Grund ist ausschließlich in der Verschlechterung der westdeutschen Konjunktur zu suchen, die in Rücksicht auf die Preisentwicklung durch kreditpolitische Eingriffe des Zentralbanksystems stark gehemmt wurde. Im Gegenteil, die inzwischen erreichte Stärke der Berliner Wirtschaft zeigt sich darin, daß sie der allgemeinen konjunkturellen Dämpfung nicht im gleichen Umfang unterlag wie die Wirtschaft Westdeutschlands.

Trotz des langsameren Wachstums des Sozialprodukts hat die Gesamtbeschäftigung auch im Jahre 1956 noch erheblich zugenommen. Zwar konnte eine Verlangsamung dieser Zunahme in der Industrie nicht vermieden werden, aber sie wurde durch einen entsprechend höheren Zuwachs der Zahl der Beschäftigten bei den Dienstleistungen ausgeglichen. Dies ist ein erfreulicher Beweis dafür, daß die starke Konjunkturanfälligkeit Berlins — nicht zuletzt dank der verschiedenen fiskalischen Vergünstigungen gegenüber dem Bundesgebiet — wesentlich gemildert wurde.

### Industrieller Auftragseingang stark verlangsamt

Die Auftragserteilung an die Berliner Industrie hat sich unter dem Einfluß der Stagnation im Bundesgebiet deutlich verlangsamt. Während in der Hochkonjunktur des Jahres 1955 der private Auftragseingang um etwa ein Viertel und der öffentliche Auftragseingang um zwei Drittel höher gewesen waren als im Jahre 1954, stieg der private Auftragseingang im Berichtsjahr nur noch um 7 vH, der öffentliche Auftragseingang nahm — allerdings gegenüber dem sehr günstigen Vorjahresergebnis — um ein Drittel ab. Noch instruktiver für die Beurteilung der Lage ist eine Betrachtung des absoluten Auftragseingangs; denn während in den vorangegangenen beiden Jahren das Auftragsvolumen der gesamten Industrie um 0,9 bzw. 1 Mrd. DM anstieg, ist für das Jahr 1956 nur mit einem Zuwachs von nicht ganz 0,2 Mrd. DM zu rechnen.



Die Entwicklung des Auftragseingangs war in den einzelnen Branchen jedoch unterschiedlich. Für die Produktionsmittelindustrien gingen insgesamt etwas weniger Aufträge als im Vorjahr ein, dagegen erhöhte sich das Bestellvolumen bei den Verbrauchsgüterindustrien — wie schon im Jahre 1955 — um ein Siebtel.

### Noch ausreichender Produktionsstand

Infolge der relativ hohen Auftragsbestände entwickelte sich die Industrieproduktion günstiger als der Bestelleingang. Insgesamt erreichte die Berliner Industrie zwar nicht mehr die außerordentlich hohe Zuwachsrate der Produktion des Vorjahres, die Steigerung war aber mit 13 vH noch recht ansehnlich. Allerdings haben die Produktionsmittelindustrien ihren für West-Berlin „traditionellen“ Vorsprung im Wachstumstempo gegenüber den Verbrauchsgüterindustrien nunmehr aufgeben müssen, die Zuwachsrate der Produktion war im Jahre 1956 für beide annähernd gleich.

Trotz der verlangsamt Expansion hat aber die Beschäftigung in der Industrie auch im Jahre 1956 stetig zugenommen. Im Durchschnitt dürften hier noch rund 23 000 Arbeitsplätze neu besetzt worden sein. Da auch im Baugewerbe und im übrigen Handwerk Neueinstellungen vorgenommen wurden, erhöhte sich die Beschäftigung in der Gütererzeugung insgesamt um etwa 28 000 Personen. Aber auch die Dienstleistungen aller Art haben im abgelaufenen Jahre eine erfreuliche Steigerung erfahren. Insgesamt dürften 1956 in diesem Bereich 25 000 neue Arbeitsplätze geschaffen bzw. besetzt worden sein, das sind wesent-

lich mehr als der Zuwachs in den vorausgegangenen Jahren. Neben dem Handel waren an dieser Beschäftigungszunahme vor allem das Bank- und Versicherungswesen, das Verkehrsgewerbe, das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe sowie der Öffentliche Dienst beteiligt. Zum Teil ist die erhebliche Steigerung der Beschäftigung bei den Diensten durch die starke wirtschaftliche Expansion des Vorjahres vorbereitet worden. Damals hatte die Wertschöpfung (z. B. des Handels) sehr stark, aber die Beschäftigung vergleichsweise nur geringfügig zugenommen; bei der in diesem Jahre nochmals erhöhten Geschäftstätigkeit waren deshalb stärkere Neueinstellungen erforderlich. Zum anderen Teil hat aber auch die starke Zunahme der Masseneinkommen zu einer höheren Inanspruchnahme von Dienstleistungen geführt.

#### Weiterer Anstieg der Masseneinkommen

Die Einkommen der Arbeitnehmer und Sozialleistungsempfänger wurden bisher von der Verlangsamung der Expansion nicht betroffen. So ist die Nettolohn- und -gehaltssumme im Berichtsjahr um 11 vH gestiegen. Da die Beschäftigung gleichzeitig um 6 vH zugenommen hat, erhöhte sich das durchschnittliche Nettoarbeitseinkommen um 5 vH. Ebenfalls sind die gesamten Sozialeinkommen erheblich gestiegen. Mit dem Zuwachs der Lohn- und Gehaltssumme hielten die Nettoeinkommen der Selbständigen und Körperschaften nicht Schritt, sie erhöhten sich nur um etwa 6 vH. Allerdings hat die Zahl der Selbständigen und Unternehmungen sich nicht merklich verändert, was bei einem etwaigen Vergleich der Durchschnittseinkommen berücksichtigt werden müßte. Andererseits ist für die Beurteilung der künftigen Investitionsentwicklung wichtig, daß die diesjährige Zunahme der Unternehmereinkommen erheblich hinter der hohen Steigerungsrate des Vorjahres zurückblieb und infolgedessen die weitere Entschuldung und Stärkung der Wirtschaft im ganzen einen langsameren Verlauf nahm.

#### Weiterhin hohe Investition

Die Investitionstätigkeit war in West-Berlin im Jahre 1956 trotz der ungünstigen Entwicklung der Unternehmereinkommen auch weiterhin recht hoch. Die gewerbliche Wirtschaft investierte brutto wiederum für etwa 150 Mill. DM mehr in Anlagen als im Vorjahr. Da auch der Wohnungsbau und die Investitionen der Öffentlichen Hand für Verkehrs- und Verwaltungsbauten zunahmen, erhöhte sich die gesamte Bruttoanlageinvestition um nahezu 200 Mill. DM oder knapp 13 vH. Dies ist mehr als die Investitionssteigerung im Bundesgebiet, für das im Jahre 1956 nur mit einer nominalen Zuwachsrate der Investition von 9 vH

gerechnet wird. Allerdings hat die Lagerbildung infolge des abgekühlten konjunkturellen Klimas auch in Berlin stark nachgelassen; die gesamte Bruttoinvestition — einschließlich der Lagerbildung — weist daher nur ein Wachstum um 8 vH, preisbereinigt um etwa 6 vH auf.

Der Private Verbrauch hat — der Steigerung der verfügbaren Einkommen etwa entsprechend — binnen Jahresfrist um etwa 10 vH zugenommen. Der Öffentliche Verbrauch erhöhte sich, vor allem infolge der gestiegenen Gehälter im Behörden dienst, um knapp 9 vH. Der Bedarf West-Berlins an Gütern und Diensten — Investition, Privater und Öffentlicher Verbrauch zusammen — stieg um 9 vH. Da die Zunahme des Bruttosozialprodukts diesen Satz übertraf, verminderte sich — wie schon in den Vorjahren — der Einfuhrüberschuß weiterhin, und zwar um etwa 0,1 Mrd. DM.

#### Aussichten und Erfordernisse der Zukunft

Wenn trotz des „importierten“ Druckes auf die Expansion die Entwicklung der Berliner Wirtschaft im abgelaufenen Jahr befriedigend war, so dürfen dennoch die zunächst weiterhin ungünstigen Konstellationen nicht ignoriert werden. Es wäre verfehlt, aus der Tatsache, daß das Sozialprodukt trotz erheblich verlangsamtem industriellem Auftragsengang weiter zufriedenstellend zugenommen hat, zu schließen, daß auch im Jahre 1957 mit einem ähnlichen Ergebnis gerechnet werden könne.

Die Westberliner Wirtschaft kann sich auf die Dauer nicht dem konjunkturellen Klima des Gebietes, das zwei Drittel ihrer industriellen Erzeugnisse aufnimmt, entziehen. Da die westdeutsche Wirtschaftstätigkeit aller Voraussicht nach in den nächsten vier bis sechs Monaten nur noch wenig zunehmen wenn nicht stagnieren wird und andererseits das Auftrags-„polster“ der Berliner Wirtschaft bereits seit einiger Zeit sich sehr verringert — gemessen an den Umsätzen geben die gegenwärtigen Auftragsbestände der Industrie im ganzen für fast einen Monat weniger Beschäftigung als vor Jahresfrist —, werden sich die Schwierigkeiten zur Aufrechterhaltung einer ausreichenden Wachstumsrate der Produktion in Zukunft erheblich vergrößern. Dabei ist zwar kaum mit einem Rückgang, wohl aber mit einer zeitweiligen Stagnation der Gesamtbeschäftigung zu rechnen. Doch schon dies wäre angesichts der noch recht hohen Arbeitslosigkeit unerwünscht. Es bleibt daher zu hoffen, daß die konjunkturelle Situation auf dem Hauptabsatzmarkt Westdeutschland zumindest im zweiten Halbjahr des kommenden Jahres wieder expansivere Züge zeigen wird.

## Zur Wirtschaftslage in der SBZ Ende 1956

#### Die Wirtschaftsentwicklung in den ersten drei Quartalen

Die bis Ende September d. J. reichende Berichterstattung der Zentralverwaltung für Statistik umfaßt einen Zeitraum mit im wesentlichen noch „normalen“ Entwicklungsbedingungen. Aus dem

Ostblock her wirkende Spannungen haben Anlaufen und Durchführung des Planes zwar berührt, bleiben aber weit hinter den möglichen Auswirkungen der späteren politischen Ereignisse zurück.

Ein endgültiger Volkswirtschaftsplan

für 1956 ist nicht bekanntgegeben worden; die allgemeinen Ziele liegen nur in einer allerdings verhältnismäßig ausführlichen Mitteilung des Presseamtes des Ministerpräsidenten vor<sup>1)</sup>. Dieser vorläufige Plan hatte eine Erhöhung der industriellen Bruttoproduktion um 8,6 vH gegenüber 1955 vorgesehen, ferner auch beträchtliche Erhöhungen der landwirtschaftlichen Produktion. Sein besonderes Charakteristikum war eine außerordentliche Erhöhung der staatlichen Investitionen, die insgesamt gegenüber 1955 um 39,7 vH erhöht werden sollten, wovon der Hauptteil auf die Industrie und hier insbesondere die Grundstoffindustrien und den Maschinenbau fallen sollte. Die Steigerung des Verbrauchs — Warenumsatz im Einzelhandel einschließlich Akzisen usw. — war mit nur 5,3 vH vorgesehen, was etwa der erwarteten Steigerung der Gesamtlohnsumme um 5,2 vH entsprach. Das Verhältnis von Investitionen zum Verbrauch wäre bei voller Erfüllung zugunsten der Investitionen wieder etwa dem angenähert, das vor Beginn des neuen Kurses im Jahre 1953 bestanden hatte, allerdings nach den vorhergegangenen Produktionssteigerungen auf einem nicht unwesentlich höheren Niveau.

Die Planziele sind schon in den ersten drei Quartalen nicht erreicht worden, wenn auch sowohl in der Industrieproduktion wie bei den Investitionen und in gewissem Umfange auch in der Bereitstellung von Verbrauchsgütern sich noch ganz nennenswerte Fortschrittsraten ergeben haben. Der Plan der Bruttoproduktion der Industrie ist nach den offiziellen Berichten im ersten Quartal mit 95 vH, im zweiten mit 98 und im dritten mit 97 vH erfüllt worden, wobei die Steigerung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres für das dritte Quartal mit 8 vH angegeben wird. Wertangaben für die Bruttoproduktion der Monate Mai bis September des laufenden und des Vorjahres<sup>2)</sup> zeigen in Preisen von 1955 für die Monate Mai bis Juni eine Steigerung von 2,9 vH und für Juli bis September von 8,1 vH gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum. Im Rahmen der Berichterstattung auch des dritten Quartals wurde indessen erwähnt, daß insbesondere die Produktion von Schlüsselpositionen, wie Braunkohle, Braunkohlenbriketts, Elektroenergie, Kalierzeugnisse, Roh- und Walzstahl, hinter den Planzahlen zurückgeblieben ist, und, offenbar durch dieses Zurückbleiben bedingt, in der Weiterverarbeitung wichtige Positionen, wie Walzwerksmaschinen und andere Erzeugnisse des Maschinenbaues. Produktionszahlen, die für einzelne Produkte genannt werden, liegen bei bestimmten Erzeugnissen — Roheisen, Kalziumkarbid, synthetischem Kautschuk und insbesondere einigen Konsumgütern — sogar niedriger als die des Vorjahres.

Ausgelöst durch Vorwürfe, die auf einer Konferenz über die Lage der Braunkohlenindustrie Mitte November<sup>3)</sup> insbesondere gegen den Maschinenbau gerichtet waren, sind in den letzten Wochen in offiziellen Organen der SBZ eine Reihe von Analysen erschienen, die sich mit den Grün-

den für das allgemeine Zurückbleiben der Produktion hinter den Planziffern beschäftigen. Neben der Erwähnung der bekannten Erscheinungen — unzulängliche Koordinierung und vielfach schlechte Organisation der Arbeit überhaupt — ging aus allen Berichten sehr eindeutig hervor, daß bereits seit Jahresanfang eine unzulängliche Bevorratung mit Rohstoffen und Material die Produktion stärker als jemals zuvor gehemmt hat. Für den zu geringen Ausstoß des Maschinenbaus speziell wird der mangelnde „Produktionsvorlauf“<sup>4)</sup> — Bestände an Halbfabrikaten — verantwortlich gemacht, der es verhinderte, daß die Lieferverpflichtungen für Investitionen und Export termingerecht erfüllt wurden.

Die staatlichen Investitionen sollen bis Ende September rund 4 Mrd. DM gegenüber 3,14 Mrd. DM in der gleichen Zeit des Vorjahres betragen haben, d. h. um 27 vH mehr gegenüber einem Planansatz von 39,7 vH für das ganze Jahr. Von den 4 Mrd. DM entfallen etwa 51 vH auf die Industrie gegenüber 46 vH im Vorjahre. Dieser Anteil entspricht dem Planansatz für den zweiten Fünfjahrplan. Trotz der nicht vollen Erfüllung des Investitionsplanes sind bisher in diesem Jahre über 12 vH des Nettoproduktionswertes der Industrie (in der Bundesrepublik 1955 etwa 14,5 vH) investiert worden.

Da nach den Meldungen der Plan für Bauleistungen der Bauindustrie in den ersten drei Quartalen mit insgesamt 97 vH erfüllt ist, scheint der Rückstand gegenüber dem Plan insbesondere bei der maschinellen Ausstattung der Betriebe zu liegen. Nach den Wertangaben haben im dritten Quartal die Bauleistungen mehr als 57 vH der gesamten staatlichen Investitionen betragen, gegenüber nur 51 vH im Durchschnitt der Jahre 1951 bis 1955 und einem vorgesehenen Anteil von 41 vH im zweiten Fünfjahrplan. Auch das deutet auf die unzureichende Leistung der Maschinenindustrie hin, die auf die außerordentlich verschlechterte Rohstoff- und Materialsituation zurückgeht.

Die Schwierigkeiten der Material- und Rohstoffbelieferung liegen zuletzt in unzureichenden Importen begründet. Der vorläufige Volkswirtschaftsplan hatte eine Steigerung der Außenhandelsumsätze um 15 vH vorgesehen, und die Planberichterstattung zeigt auch eine steigende Tendenz der Umsätze: erstes Quartal 6 vH, zweites Quartal 12 vH, drittes Quartal 19 vH gegenüber dem Vorjahr. Die Umsatzerhöhungen wurden aber in steigendem Maße im Handel mit „unterentwickelten“ Staaten in Europa und Übersee erzielt, eine Entwicklungsrichtung, die hauptsächlich politisch — teils in sowjetischem Auftrage — bedingt zu sein scheint. Hierbei aber sind längere Kreditfristen unumgänglich, die die alsbaldige Verfügung über die Gegenwerte für die Rohstoffeinfuhr ausschließen. Die Tatsache, daß sich im dritten Quartal die Exporte stärker entwickelt haben als die Importe — für das erste Halbjahr liegt keine Angabe vor —, kann nach der Art der sowjetzonalen Außenhandelsabwicklung saisonal bedingt sein. Sie kann ebensowohl aber auch auf Mangel an harten Devisen hindeuten, einerseits hervorge-

<sup>1)</sup> „Die Wirtschaft“, vom 8. 12. 1955.

<sup>2)</sup> „Statistische Praxis“ 1956, Nr. 11.

<sup>3)</sup> „Die Wirtschaft“ vom 22. 11. 1956.

<sup>4)</sup> „Die Wirtschaft“ vom 15. 11. 1956.

rufen durch die Ausdehnung des Exports nach „unterentwickelten“ Ländern, andererseits durch unplanmäßig niedrige Importe aus Ostblockländern, wie z. B. den Import von polnischer Kohle. Diesen Umständen ist in gewissem Umfang durch ein Kreditversprechen der Sowjetunion Anfang August dieses Jahres Rechnung getragen worden.

Die Versorgung der Bevölkerung ist in den ersten sechs Monaten des Jahres — gemessen an der Steigerung der Einzelhandelsumsätze (gegenüber dem Vorjahr im ersten Quartal 2 vH, im zweiten 5 vH) und bei Berücksichtigung gewisser Lohnausfälle durch Stillstandszeiten im ersten Quartal — dem Gesamtumfang nach etwa planmäßig gewesen. Hierbei stieg die Versorgung mit Lebensmitteln etwas stärker an, der Umsatz von Industriewaren aber stagnierte. Im dritten Quartal lagen die Umsätze im Einzelhandel nur noch um etwa 2,5 vH über Vorjahreshöhe — Schwerpunkt wiederum bei den Lebensmitteln —, und es werden bereits zeitweise Versorgungsschwierigkeiten in einigen Bezirken erwähnt.

#### Ausblick

Der Saisonrhythmus der Planwirtschaft bringt im allgemeinen im vierten Quartal einen steigenden Produktionsausstoß und höhere Exportauslieferungen, naturgemäß aber auch steigenden Investitionsaufwand und höheren Verbrauch der Bevölkerung. Die sich, wie erwähnt, zur Zeit abzeichnende sogar für sowjetzonale Verhältnisse ungewöhnlich schlechte Situation der Rohstoff- und Materialversorgung sowie des Produktionsvorlaufs läßt in diesem Jahre jedoch eine schwächere Saisonentwicklung als früher erwarten, sodaß der für das ganze Jahr geplante Zuwachs kaum voll erreicht werden wird. Auf weitere Sicht wird die derzeitige Situation auch zu Änderungen im Investitionsprogramm führen müssen, die die Ergänzung der Bestände vor dem Auf- und Ausbau der industriellen Kapazitäten stellen.

Die durch die politischen Ereignisse in Polen und Ungarn ausgelösten Änderungen in den Wirtschaftsplänen des europäischen Ostblocks komplizieren die Situation, sind aber nicht primär für die Nichterfüllung der Pläne verantwortlich, wie es neuerdings behauptet wird<sup>5)</sup>. Sie mögen für den sowjetzonalen Maschinenbau durch Nachlassen der Nachfrage nach schwerindustriellen Ausrüstungen vielleicht gewisse Erleichterungen

<sup>5)</sup> „Neues Deutschland“ vom 13. 12. 1956. Hier wurde bereits die Notwendigkeit wesentlicher Planänderungen bekanntgegeben.

bringen, zwingen andererseits aber auch zu kostspieligen Umdispositionen sowohl in der Produktion wie im Absatz. Vor allem aber wird der Anfall von Lieferungen aus diesen Ländern — polnischer Kohle, ungarischem Bauxit, aber auch Lebensmitteln wegen der schlechten Ernten in Bulgarien und Rumänien — durch Lieferungen aus der Sowjetunion, deren wirtschaftlicher und politischer Einfluß auf die Sowjetzone dadurch verstärkt wird, oder am freien Weltmarkt gedeckt werden müssen und zusätzliche Kosten erfordern. Angesichts dieser neuen Aufwendungen dürften die sowjetischerseits in dem Abkommen von Anfang August eingeräumten und natürlich bereits scharf auf die bisherigen Pläne abgestimmten Erleichterungen — ab 1957 Halbierung der Besatzungskosten sowie bessere Bezahlung der Uranerzlieferungen — weit überkompensiert werden.

Hinzukommt, daß, zum Teil auch durch die politischen Ereignisse im Ostblock bedingt, eine gewisse Erhöhung der künftigen Verbrauchsrate unumgänglich sein wird, sodaß sich auch aus dieser Sicht ein Zwang zur Herabsetzung der Investitionen ergeben wird. Die Warenbereitstellung für den Verbrauch ist bereits im vierten Quartal 1956 erheblich schlechter gewesen als in den ersten drei Quartalen. Es werden neuerdings allgemeine Verknappungserscheinungen offen zugegeben und mit Ernteaussfällen wegen der Frühjahrsfröste, mit Importschwierigkeiten aus Polen und Ungarn, aber auch aus den Mittelmeerländern, mit Ausbleiben der üblichen Heringschwärme u.ä. begründet. Die steigende Knappheit an Industriewaren für den Konsum wurde nur zeitweise dadurch überbrückt, daß hochwertige Gebrauchsgüter durch die HO auf Teilzahlung abgegeben wurden, wodurch jedoch, wie ebenfalls offen festgestellt wurde, die Bestände bzw. Überplanbestände in Handel und Industrie völlig aufgebraucht wurden<sup>6)</sup>. Im kommenden Jahre werden sich gewisse Erhöhungen der Nominealeinkommen durch einige kleinere Maßnahmen — Fortfall der niedrigen Ortsklassen C und D bei der Lohnzahlung seit Oktober, Erhöhung der Renten seit Dezember — voll auswirken. Durch die um ein Vierteljahr auf den 1. Januar 1957 vorverlegte schrittweise Herabsetzung der Arbeitszeit in der Industrie von 48 auf 45 Stunden bei vollem Lohnausgleich kann sich ebenfalls eine Erhöhung der Nominealeinkommen ergeben, da früher nicht bezahlte Wartezeiten dann voll bezahlt werden müssen. Nicht nur die schlechte derzeitige Versorgungslage, sondern auch die sich erhöhenden Nominealeinkommen werden also zur Erhöhung der Warenbereitstellung zwingen.

<sup>6)</sup> „Neues Deutschland“ vom 11. 12. 1956.

Der nächste Wochenbericht erscheint als Doppelnummer am 8. 1. 1957.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5, und Bonn, Burgstr. 160.  
Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium*: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Rolf Kregel, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.  
Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofsdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2.  
Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.  
Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.

— Diese Doppelnummer umfaßt 10 Textseiten und eine Zahlenbeilage —

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit †)	1955					1956									
			Aug	Sept.	Ok.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Ok.
Anzahl der Werktage			26,9	26	26	24,4	26	25,7	25	26	24	23,2	26	26	26,9	25	27
<b>Beschäftigung und Arbeitslosigkeit</b>																	
Beschäftigte 1)	BRD	1000	E	17807				17384			17531			18392			18609
darunter weibliche	BRD	vH	"	826				802			800			842			860
Arbeitslose bei den Arbeitsämtern 2)	BRD	1000	"	41,0				41,3			42,1			41,1			41,6
Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern 3)	BRD	vH	"	2,8	2,7	2,8	3,3	5,7	6,8	9,9	5,5	3,4	2,9	2,5	2,3	2,2	2,2
Unterstützte Arbeitslose 4)	BRD	1000	M	440	402	403	446	690	1030	1523	1134	603	476	416	365	336	329
Arbeitsunfähige Kranke 5)	BRD	"	E	606	621	633	607	658	730	924	678	613	561	590	604	621	657
Offene Stellen b. d. Arb.-Ämtern	BRD	"	"	247	240	210	160	126	163	171	285	258	256	260	252	236	210
	W-B	"	"	4,9	4,6	4,5	3,5	2,4	5,0	3,3	5,0	4,8	4,3	4,8	6,1	6,2	5,7
<b>Beschäftigung d. Industrie 6)</b>																	
Beschäftigte, gesamte Industrie	BRD	1000	E	6729,1	6771,5	6808,9	6822,9	6755,5	6776,8	6763,0	6823,3	6963,7	7005,4	7020,5	7057,8	7097,9	7101,4
dar.: Bergbau	"	"	"	646,8	643,5	641,8	642,1	642,2	642,8	644,2	646,9	658,4	657,8	656,6	656,7	656,7	656,9
Steine und Erden	"	"	"	272,9	271,4	267,3	259,3	243,5	230,8	201,0	239,3	269,1	279,2	281,7	283,1	282,5	279,4
Eisen und Stahl	"	"	"	227,4	229,0	228,7	229,3	229,8	232,0	232,8	234,6	237,4	239,7	240,9	242,6	244,6	244,8
NE-Metalle	"	"	"	72,3	72,4	72,2	72,5	72,8	72,6	72,9	72,7	73,2	73,3	73,0	73,4	73,6	73,1
Stahlbau	"	"	"	164,8	165,6	167,7	168,8	167,2	168,6	167,8	168,7	172,6	173,2	173,9	174,8	176,9	174,7
Maschinenbau	"	"	"	725,7	731,7	735,9	740,2	739,7	746,9	755,6	759,8	784,8	790,5	791,8	795,1	797,3	796,7
Fahrzeugbau	"	"	"	297,6	300,2	299,1	298,2	296,9	301,6	305,5	310,2	314,6	315,4	315,4	314,1	314,3	310,9
Schiffbau	"	"	"	84,4	85,4	86,1	86,1	86,3	87,4	87,7	87,8	90,8	91,7	92,1	93,2	93,6	93,3
Elektrotechnik	"	"	"	482,4	489,6	493,8	497,0	494,2	498,8	500,0	503,5	512,5	515,9	518,2	521,6	527,0	530,4
Feinmechanik und Optik	"	"	"	130,2	131,1	131,9	132,6	132,5	133,5	134,5	134,9	137,2	138,1	138,1	138,5	138,7	139,3
Eisen-, Blech- u. Metall- waren	"	"	"	338,8	340,0	342,0	344,0	341,1	344,8	345,3	345,5	350,2	352,2	352,9	353,7	354,4	354,4
Chemie	"	"	"	370,5	371,3	371,9	372,9	371,6	373,3	375,4	378,2	383,0	385,1	386,7	388,2	391,4	391,5
Holzverarbeitung	"	"	"	209,8	211,1	213,4	214,7	212,6	213,7	211,6	212,3	214,9	215,9	217,1	218,5	219,7	220,2
Textil	"	"	"	629,6	632,2	635,4	638,2	633,2	635,0	633,7	631,0	638,3	637,9	637,8	639,4	641,1	641,4
Bekleidung	"	"	"	277,5	282,5	286,5	288,2	285,1	290,4	292,8	292,6	300,0	300,7	300,0	300,8	304,3	308,2
Nahrungsmittel	"	"	"	292,7	298,9	311,8	310,3	290,0	285,3	275,4	272,4	275,9	284,0	287,8	299,8	311,5	315,6
Genußmittel	"	"	"	142,0	142,2	142,9	144,0	143,2	134,7	141,5	142,2	143,0	143,7	144,0	143,7	143,5	
Beschäftigte, gesamte Industrie	"	1949 = 100	"	146,1	147,0	147,8	148,1	146,6	146,2	145,9	147,2	150,1	151,0	151,3	152,1	153,0	153,1
Produktionsgüterind.	"	"	"	151,2	151,9	152,2	152,4	151,4	151,5	151,1	153,2	156,9	158,0	158,3	158,9	159,5	159,0
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	139,1	140,5	142,2	142,7	140,3	139,1	138,9	138,7	140,5	141,1	141,5	142,8	144,2	145,1
<b>Darunter Arbeiter 7)</b>																	
Gesamte Industrie	BRD	1000	E	5632,5	5668,9	5701,3	5709,8	5642,6	5650,8	5631,6	5685,0	5800,6	5834,4	5846,2	5877,8	5909,6	5909,7
Produktionsgüterindustrien	"	1949 = 100	"	144,9	145,8	146,6	146,8	145,1	144,5	144,0	145,4	148,4	149,3	149,6	150,4	151,2	151,2
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	147,9	148,5	148,7	148,8	147,6	147,4	146,8	149,0	152,6	153,6	153,9	154,4	154,8	154,4
	"	"	"	138,8	140,3	142,2	142,7	139,9	138,5	138,2	138,0	139,7	140,4	140,7	142,2	143,7	144,4
<b>Geleistete Arbeiterstunden</b>																	
Gesamte Industrie	BRD	Mill.	S	1055,1	1099,6	1106,2	1105,5	1103,9	1075,1	1026,9	1078,9	1060,9	1070,3	1099,1	1078,8	1099,7	1079,6
Produktionsgüterindustrien	"	1949 = 100	"	148,9	155,2	156,1	156,0	155,8	150,8	144,0	151,3	148,7	150,0	154,0	151,2	154,1	151,3
Verbrauchsgüterindustrien	"	"	"	152,7	157,7	158,5	157,2	158,4	155,0	147,0	155,2	153,8	154,8	160,8	157,2	158,5	154,7
	"	"	"	142,3	151,0	152,2	154,2	151,4	143,5	139,0	144,6	140,1	142,0	142,4	141,0	147,0	159,3
<b>Tägliche Arbeitszeit 8)</b>																	
Gesamte Industrie	BRD	Std.	D	6,96	7,46	7,46	7,93	7,52	7,40	7,29	7,30	7,62	7,91	7,23	7,06	6,92	7,31
Produktionsgüterindustrien	"	1949 = 100	"	97,8	104,8	104,8	111,4	105,6	103,9	102,4	102,5	107,0	111,1	101,5	99,1	97,1	102,6
Verbrauchsgüterindustrien	"	1949 = 100	"	97,4	103,7	104,0	110,0	104,8	103,8	101,6	101,6	106,5	110,3	102,1	99,5	96,7	101,9
	"	1949 = 100	"	6,89	7,48	7,44	8,01	7,52	7,29	7,27	7,29	7,55	7,88	7,04	6,90	6,88	7,31
	"	1949 = 100	"	97,0	105,3	104,7	112,7	105,8	102,6	102,3	102,6	106,3	110,9	99,1	97,1	96,8	102,9
<b>Industr.Arbeitsproduktivität 9)</b>																	
je Beschäftigten																	
Gesamte Industrie	BRD	1949 = 100	D	150,8	164,4	168,2	177,0	165,4	158,4	156,1							
Produktionsgüterindustrien	"	"	"	154,4	167,1	167,6	174,0	165,1	163,4	156,3							
Verbrauchsgüterindustrien 9)	"	"	"	153,3	177,8	180,2	191,6	174,5	164,5	164,2							
Nahrungs- u. Genußmittelind.	"	"	"	128,8	132,0	134,5	173,3	157,5	126,1	121,0							
je Arbeiterstunde																	
Gesamte Industrie	BRD	1949 = 100	D	156,0	158,7	162,2	160,7	158,7	154,7	153,8							
Produktionsgüterindustrien	"	"	"	159,6	162,4	162,4	159,6	159,1	159,4	159,0							
Verbrauchsgüterindustrien 9)	"	"	"	160,0	168,7	172,1	170,5	166,3	160,0	159,9							
Nahrungs- u. Genußmittelind.	"	"	"	130,0	127,2	147,8	152,7	147,2	126,7	123,4							
<b>Stundenverdienst d.Arbeiter 10)</b>																	
Lohnempfänger insgesamt	BRD	Pf	D	178,8			183,6				186,5			192,9			194,7
männliche Arbeiter	"	1949 = 100	"	151,1	152,5	153,8	155,2	156,0	156,8	157,7	159,5	161,3	163,1	163,6	164,1	164,6	164,6
weibliche Arbeiter	"	1949 = 100	"	122,9	122,9	122,9	122,9	122,9	122,9	122,9	122,9	122,9	122,9	122,9	122,9	122,9	122,9
	"	1949 = 100	"	149,9	151,3	152,8	154,3	156,1	158,0	159,9	161,4	162,9	164,4	165,4	166,4	167,4	167,4
<b>Preisindex f.d.Lebenshaltung</b>																	
Gesamt, unter-Verbrauchergruppe	BRD	1938 = 100	D	174	174	176	177	177	178	178	181	180	180	180	181	179	179
mittlere	"	"	"	171	171	173	174	175	174	174	177	176	176	176	176	175	176
gehobene	"	"	"	170	171	172	173	174	173	173	175	175	175	175	175	175	176
Gesamt, mittl. Verbrauchergruppe	"	1949 = 100	"	103	103	104	105	105	105	105	106	106	106	106	106	106	106
Ernährung	"	"	"	107	107	108	110	110	109	110	113	112	112	112	112	111	111
Getränke u. Tabakwaren	"	"	"	83	83	83	83	83	83	83	82	82	82	82	83	83	83
Wohnung	"	"	"	109	109	117	117	117									